

Dezember 2019

Länderbericht

KAS-Italien im Interview



100 Tage Unsicherheit

Caroline Kanter, Leiterin der KAS in Italien zur M5S-PD Regierung und zur Stimmung im Land

Seit knapp 100 Tagen ist die zweite Regierung unter Leitung des italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte im Amt. Die Bündnispartner der Koalition aus Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), der Partei Partito Democratico (PD), der linken Abspaltung Liberi e Uguali (LeU) und der neuen Fraktion unter der Leitung von Matteo Renzi, Italia Viva zeigen sich durchaus gewillt, zumindest bis Januar 2022 zusammen zu halten. Gemeinsam möchte man den nächsten italienischen Staatspräsidenten wählen und die wachsende Zustimmung des Mitte-Rechts-Bündnisses unter der Leitung von Matteo Salvini bis dahin eindämmen. Dennoch herrscht Krisenstimmung im Land.

Frau Kanter, wie würden Sie die Stimmung in Italien 100 Tage nach Antritt der zweiten Regierung unter Giuseppe Conte beschreiben?

Zunächst einmal sollte man zwischen einer Außen- und einer Innenansicht unterscheiden. Am 5. September 2019 hat Staatspräsident Sergio Mattarella das neue Regierungskabinett unter der Leitung von Ministerpräsident Giuseppe Conte vereidigt. Dass sich die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), die sozialdemokratische Partei Partito Democratico (PD) und Liberi e Uguali (LeU) tatsächlich so schnell auf ein Regierungsprogramm und eine Ministerriege einigen konnten, ist u.a. auf den Druck Mattarellas zurückzuführen, der angesichts der aktuellen nationalen und internationalen Herausforderungen keine lange Hängepartie zulassen wollte.

Schlüsselministerien etwa das Innenministerium, Verteidigungsministerium, Europaministerium und das Finanzministerium hat die Regierung neu besetzt und ein deutliches Signal an Europa gesendet: Italien sucht den Dialog mit Europa und ist an einer konstruktiven Zusammenarbeit interessiert.

In der Tat reagierte man in Brüssel und vielen europäischen Hauptstädten mit großem Wohlwollen auf die neue italienische Regierung. Den ehemaligen Ministerpräsidenten Paolo Gentiloni als Wirtschafts- und Währungskommissar zu benennen war sicherlich eine gute Entscheidung, die Vertrauen bei den europäischen Partnern hervorrief. Die Märkte haben sich unmittelbar mit Antritt der neuen Regierung beruhigt; der Spread, der Risikozuschlag für italienische Staatstitel, erreichte unter der M5S-Lega-Regierung bis zu drei Prozentpunkte. Dann pendelte er sich ab September auf 1,3 Prozentpunkte ein. Aktuell liegt der Spread bei 1,8 Punkten, trotz der hitzigen Debatte über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Man kann also – aus der Außenperspektive betrachtet – sagen, dass diese Regierung auf europäischer Ebene zunächst für Ruhe gesorgt hat; der Ton und das Miteinander haben sich verändert. Die erste Hürde – die Prüfung des Haushaltsentwurfs 2020 – ist überwunden. Die Reaktionen seitens der EU-Kommission waren vorsichtig optimistisch mit Blick auf Italiens Reformvorhaben.

Aus europäischer Perspektive ist es darüber hinaus positiv zu bewerten, dass diese Regierung Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu ihren Prioritäten erklärt hat – ein Novum für Italien, wo diese Thematik in der Vergangenheit von keiner politischen Kraft umfassend besetzt und vorangetrieben wurde. Das Thema zieht sich wie ein roter Faden durch die Regierungsvereinbarung der Koalitionspartner. Man spricht von einem „Green Deal“ in Höhe von 55 Milliarden Euro für die kommenden 15 Jahre. Darüber hinaus hat man sich bis 2050 ein „Null-Emissionsziel“ gesetzt. Ob diese Ziele politisch realisierbar und finanzierbar sind, sei allerdings dahingestellt. Um beispielsweise den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, soll das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel stärker ausgebaut werden. Ganz Italien verfügt über ein U-Bahnnetz von 234 km. Allein Madrid verfügt über ein Netz von 290 km. Das sind alles Probleme, die sich nicht von heute auf morgen lösen lassen.

Wie sieht die Innenansicht aus?

Die Binnensicht unterscheidet sich stark von der positiv-optimistischen Lesart von europäischer Seite. Die Herausforderungen sind nach wie vor groß und vielfältig. Die neue Regierung konnte in den ersten 100 Tagen die Mehrzahl der italienischen Bürger nicht davon überzeugen, dass es mit dem Land bergauf geht.

Das Land ist nach wie vor gespalten: Schaut man sich die neuesten Umfragen an, so bewerten 50 Prozent der befragten Bürger die Regierungsarbeit negativ. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Nur 16 Prozent der befragten Bürger äußerten sich vorbehaltlos positiv gegenüber der Regierungsarbeit. Insgesamt kann man feststellen, dass die moderaten Kräfte im Land weiter an Zustimmung verlieren – auch wenn sich die sozialdemokratische Partei in den vergangenen Wochen etwas erholen konnte und bei knapp 19 Prozent in der Wählergunst liegt.

Das linke Lager befindet sich in einem Fragmentierungsprozess: Die Neugründung der Partei Italia Viva unter der Leitung von Matteo Renzi hat nicht zur Beruhigung der ohnehin zerstrittenen Koalitionskonstellation beigetragen.

Die rechten Kräfte sind nach wie vor stark – das so genannte Mitte-Rechts-Lager rückt weiter nach rechts bzw. die rechtspopulistischen Kräfte dominieren. Gemeinsam liegt das Bündnis aus Lega, Fratelli d'Italia (FdI) bei circa 50 Prozent in aktuellen Umfragen und ist damit stärker als das Regierungsbündnis. Wobei die Lega mit circa 30% die stärkste Kraft ist. Die post-faschistische FdI hat in den vergangenen Wochen stark zugelegt und ist mit 11% doppelt so stark wie Forza Italia, die abgeschlagen bei 5% liegt.

Zusammengefasst heißt das: Aus Sicht der Bürger bleiben viele dringlichen Fragen offen. Diese Regierung erreicht und überzeugt mit ihren Maßnahmen nur einen Teil der italienischen Bürger. Andererseits: Ob eine rechte Regierung eine wirkliche Alternative darstellen könnte, daran zweifelt wiederum auch fast die Hälfte aller Italiener.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer neuen zivilgesellschaftlichen Bewegung: die Sardinien. Sie definieren sich bewusst nicht als politische Partei.

Und wie bewerten Sie die neue Bewegung „Sardinen“? Sehen Sie hier ein politisches Potential?

Die Sardinen sind als Reaktion auf die zunehmend populistisch geführte Debatte im Allgemeinen und den Regionalwahlkampf in der Stadt Bologna im Besonderen entstanden. Am 14. November hatten sich auf Initiative vier junger Bologneser mehrere tausend Bürger im Rahmen eines „flash mobs“ auf der Piazza Maggiore eingefunden, während Matteo Salvini zeitgleich eine Wahlkampfveranstaltung durchführte – man wollte eine größere Gruppe von Bürgern mobilisieren als die Lega. Es handelte sich ganz klar um eine „Anti-Salvini“ – Veranstaltung.

Ende Januar 2020 werden in Emilia Romagna und in Kalabrien Regionalwahlen stattfinden und nach dem Erfolg des Mitte-Rechts-Bündnisses in Umbrien in diesem Herbst – das wie Emilia Romagna traditionell zu den linken Hochburgen in Italien zählt, jedoch viel kleiner ist – gelten die Wahlen in Emilia Romagna als Stimmungsmesser für die neue Regierung.

Die Sardinen möchten einen Weckruf durch das Land senden und sehen sich als „Antikörper“. Ich denke schon, dass die Anhänger politisch ticken und sich um die Zukunft ihres Landes sorgen. Aber bislang haben sie stets unterstrichen, dass sie sich nicht als politische Bewegung engagieren und schon gar nicht als eine Partei verstanden werden möchten. Politische Symbole und Parteilogos verbitten sich die Organisatoren bei den Kundgebungen. Wobei die Sardinen Zuspruch von prominenten Vertretern vor allem aus dem linken politischen Lager, von Teilen der Gewerkschaften, zivilgesellschaftlicher Organisationen, Künstlern und einzelner Vertreter der katholischen Kirche erhalten haben.

Mittlerweile haben sie ihren Protest italienweit ausgebreitet und flash mobs in vielen italienischen Städten organisiert. Am kommenden Samstag, den 14. Dezember, soll eine große Veranstaltung in der italienischen Hauptstadt stattfinden. Ihre Botschaft: gegen Populismus und für einen zivilisierten Dialog.

Die Tageszeitung La Repubblica hatte kürzlich eine Umfrage in Auftrag gegeben. Sie zeigte, dass 38 Prozent der Befragten den Protest der Sardinen gutheißen. 43 Prozent hingegen ist mit dieser Art von Protest nicht einverstanden. Auch hier lässt sich vermutlich die Spaltung der italienischen Bevölkerung ablesen.

Die Sardinen-Bewegung ist erst wenige Wochen alt – ob sie eine Zukunft haben wird und wie diese aussehen könnte ist heute offen. Generell würde ich es positiv bewerten, dass sich ein Teil der Bürger aktiv gegen die Verrohung der Sprache und für eine zivilisierte Debattenkultur stark machen. Um das Land jedoch gestalten und verändern zu können, bedarf es mehr – eines konkreten Programms und Personen, die Verantwortung übernehmen wollen. Diesen Anspruch hegt diese Bewegung heute jedoch nicht.

Welche Herausforderungen muss Italien in den kommenden Wochen meistern?

Die Frage um die maroden Unternehmen wie die Fluggesellschaft Alitalia und das Stahlwerk Ilva in Süditalien werden die Regierung in den kommenden Wochen beschäftigen. Hier arbeitet man sich an Altlasten ab – viele Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Außerdem wird die Diskussion um die Änderungen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geführt werden – mit diesem Thema ist es Matteo Salvini erneut gelungen, die politische Agenda Italiens zu bestimmen und die Regierungskoalition zu spalten. Dann stehen – wie bereits erwähnt – die Regionalwahlen in Emilia Romagna an. Sie werden als eine Art Stresstest gewertet.

Man muss aus meiner Sicht festhalten: Unsicherheit bestimmt das Land. Das hat auch der Anfang Dezember veröffentlichte Jahresbericht des römischen Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitut Censis gezeigt: 69 Prozent der befragten Italiener schauen ängstlich in die Zukunft. 17 Prozent sehen schwarz und nur 14 Prozent zeigen sich optimistisch. Diese Daten regen zum Nachdenken an. Der soziale Aufzug funktioniert in Italien nicht mehr. 74 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Wirtschaft zwischen Mini-Wachstum und Stagnation im kommenden Jahr oszillieren wird. Diese Ahnungen sind nicht aus der Luft gegriffen: Die italienische Wirtschaftsleistung nimmt lediglich um 0,2 Prozent zu. Italien ist damit Schlusslicht in Europa. Diese Sorgen und Ängste der Bürger schlagen sich konkret im gestiegenen Konsum von Beruhigungsmitteln nieder, der zwischen 2015 und 2018 um 23 Prozent angewachsen ist. Die Menschen sind gestresst. Das hat wiederum Einfluss auf die politische Partizipation und letztlich auf die Demokratie: Nur 19 Prozent geben an, dass sie sich regelmäßig über politische Themen austauschen. 76 Prozent der Befragten sagen, dass sie kein Vertrauen in die politischen Parteien haben. Und Achtung: 48 Prozent der Italiener wünschen sich „einen starken Mann“, der die Probleme löst, ohne sich um das Parlament oder um Wahlen zu scheren.

Italien kämpft derzeit an vielen Fronten. Die Unsicherheit der Menschen ist auch in der aktuellen Regierung zu spüren. Die anhaltenden Streitereien innerhalb der Regierungskoalition tragen wiederum nicht dazu bei, das Vertrauen der Bürger in die politische Entscheidungskraft und das Verantwortungsbewusstsein zu erhöhen. Es bleibt nur zu hoffen, dass Italien in den kommenden 100 Tagen etwas zur Ruhe kommt und es die Koalitionspartner schaffen, an einer eindeutigen Agenda zu arbeiten, die parteiübergreifend wichtig ist und im Land für Optimismus sorgt. Themen gäbe es genug.